

# Höxter: Keine Einigung bei Steuererhebungen

Rat lehnt drastischen Vorschlag der Verwaltung ab und will andere Einsparpotenziale ermitteln.

■ **Höxter** (nin). In der Ratsitzung in Höxter konnten sich die Mitglieder auf keine Erhöhung der Steuern einigen. Der Verwaltungsvorschlag wurde erst einmal abgelehnt. Den Fraktionen fehlten weitere Informationen, ob nicht doch noch Einsparungen möglich seien, um die Erhöhung geringer zu halten.

Die Stadt hatte in ihrer Vorlage deutliche Erhöhungen bei der Grundsteuer und zudem eine Erhöhung der Gewerbesteuer ab 1. Januar 2023 geplant. Damit würden insgesamt 2,187 Millionen Euro in die Stadtkasse kommen. Besonders die Grundsteuer B für bebaute oder bebaubare Grundstücke sollte steigen. Zunächst war man von einer Anhebung von 510 auf 590 v. H. ausgegangen, doch jetzt sollen es sogar 690 Prozentpunkte werden. Ursprünglich sollte die Grundsteuer A bei 315 v. H. bleiben, der Hebesatz wurde nun mit 390 v. H. angegeben – ein Plus von 37.500 Euro. Die Gewerbesteuer soll von 440 auf 450 steigen. Das brächte der Stadt rund 350.000 Euro mehr für die Finanzen. Die Erhöhung der Hebesätze sei laut Verwaltung unausweichlich durch die inflationären Kos-

tensteigerungen.

Das sein eine „bittere Pille“ sagte Ratsherr Martin Hillebrand (FDP). Und auch für Günther Ludwig (CDU) seien die Erhöhungen gerade bei der Grundsteuer B eine „unverdauliche Kost“. „Das ist unerträglich für die Bürger“, sagte auch Ralf Dohmann (BfH). Zunächst war eine kontinuierliche Staffelung vorgesehen, die drastisch gewesen wäre. Der jetzige Vorschlag falle nun noch drastischer aus.

Der Rat war sich einig, das eine Bewertung abschließend nicht möglich sei, da noch Informationen fehlten. So soll geschaut werden, wo noch Einsparungen möglich sind, um die Erhöhung geringer ausfallen zu lassen. Allein die Übernahme der Musikschule mache 30 Punkte aus, wurde während der Sitzung deutlich. Georg Heiseke (UWG) regte etwa an, den Kunstrasenplatz in Albaxen aufzugeben, um die fehlenden 1,8 Millionen Euro aufzubringen.

Die SPD hatte während der Sitzung noch den Vorschlag eingebracht, die Grundsteuer B auf 640 Punkte und die Gewerbesteuer auf 450 Punkte anzuheben, doch auch dies fand im Rat keine Mehrheit.